

Pressemeldung

Wahlkampf am Wähler vorbei!

CDU und CSU rücken den Klimaschutz faktisch in die Ferne

Der ehemalige Musterschüler der Energiewende, Deutschland, verfehlt mit seiner rückwärts gerichteten Energiepolitik seine selbst gesetzten Klimaschutzziele für 2020 um Jahrzehnte. Unsere Volksparteien – allen voran die CDU und die CSU - brechen faktisch ihr Klimaschutzversprechen.

Nach den Publikationen des Umweltbundesamtes wünscht die Bundesregierung bis 2050 eine Reduzierung der Treibhausgasemissionen um rund 80% (1). Das soll vor allem durch Ausbau der erneuerbaren Energien erreicht werden (2) und entspricht dem Pariser Abkommen von 2015, zu dessen Umsetzung die Bundesregierung ja ihren Klimaschutzplan (2) aufgelegt hat. Allerdings kann dies nur mit Windkraft und Sonnenenergie bei entsprechendem Zubau geleistet werden. Ohne die in der letzten Legislaturperiode eingeführten Deckelungen wäre das Ziel durchaus erreichbar gewesen. Mit den im EEG2017 beschlossenen Ausbaudeckeln für die kommenden Jahre (3) ist es jedoch nicht einmal im Strommarkt möglich, denn ohne ein deutliches MEHR an erneuerbaren Energiequellen geht es nicht. Auf Basis der Stromerzeugung von 2016 (4) kann man das leicht extrapolieren.

Und selbst von diesen Zielen wendet sich nun die CDU ab: in den von den Freunden von Prokon mit 20 Umweltverbänden zusammengestellten Wahlprüfsteinen (5) wird auf deren Anfrage von der CDU bereits die Gefahr des Klimawandels relativiert und im Wahlprogramm wird zum Thema Energiewende ausführlich nur über das bisher - völlig unzulänglich - Erreichte gesprochen (6). Interessant dazu ist der Vergleich zum Wahlprogramm der CDU/CSU von 2013 (7), in dem noch viel weniger vom Klima, viel mehr aber vom Ausbau der erneuerbaren Energien die Rede ist. Bei den Themen des Bayernplans der CSU (8) fehlen Klimawandel und Energiewende nun komplett; allein das Pariser Abkommen wird im Langtext noch genannt, ohne dass erneuerbaren Energien dabei auch nur erwähnt werden.

Politik und Medien greifen hingegen mögliche Ängste der Deutschen vor Kriegen, Terrorgefahren, Altersarmut oder Flüchtlingsströmen auf. Beim letztgenannten Thema vermeiden sie, den Begriff „Klima-Flüchtlinge“ zu erwähnen, und Flüchtlingsströme als Folge von Kämpfen um fossile Rohstoffe, die beim Ausbau erneuerbarer Energiequellen vermieden werden können, bleiben unerwähnt. Zusätzlich schwächen die von Regierungsseite umgesetzten Deformationen des EEG mittel- bis langfristig unsere nationalen Chancen im globalisierten Markt. Denn neben der regionalen Wertschöpfung durch erneuerbare Energien werden deren Marktführer auch für globalen Einsatz im Energiesektor Tausende auch bei Gewerkschaften gern gesehene neue Arbeitsplätze schaffen – wenn sie nicht vorher durch Deckelungen und Regulierungen etwa von CDU/CSU aus dem Markt geworfen werden.

Zitierte Quellen:

- (1) <http://www.umweltbundesamt.de/daten/klimawandel/treibhausgas-emissionen-in-deutschland#textpart-1>
- (2) <http://www.bmub.bund.de/themen/klima-energie/klimaschutz/nationale-klimapolitik/>
- (3) https://www.gesetze-im-internet.de/eeg_2014/_4.html

- (4) <http://www.ag-energiebilanzen.de/>
- (5) https://www.freunde-von-prokon.de/uploads/AG%20%C3%96A/Energiepolitische_Wahlpruefsteine_zur_Bundestagswahl_20172.pdf
- (6) <https://www.cdu.de/system/tdf/media/dokumente/170703regierungsprogramm2017.pdf?file=1>
- (7) <https://www.cdu.de/sites/default/files/media/dokumente/regierungsprogramm-2013-2017-langfassung-20130911.pdf>
- (8) http://www.bundestagswahl-bw.de/wahlprogramm_csu_btwahl2017.html